

## Anfragen zum Plenum in der 49. Kalenderwoche

### Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

**Horst Arnold**  
(SPD)

Anlässlich der Berichterstattung in den Nürnberger Nachrichten vom 27.11.2024 bzgl. strafrechtlicher Ermittlungen gegen Verantwortliche der Justizvollzugsanstalt Nürnberg frage ich die Staatsregierung, wegen welcher Delikte und gegen wie viele Personen die Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth derzeit ermittelt (inkl. Aufnahmezeitpunkte der jeweiligen Ermittlungen) und seit wann das Staatsministerium der Justiz Kenntnis von diesen Vorgängen und Ermittlungen hat (inkl. Kenntniszeitpunkte des Staatsministers Georg Eisenreich)?

**Jörg Baumann**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Asylbewerber nach § 1 Asylbewerberleistungsgesetz aus den Palästinensergebieten und dem Libanon seit dem 01.01.2024 in Bayern angekommen sind, wie hoch diese Zahlen in den vergangenen fünf Jahren waren und ob die Staatsregierung aufgrund der Kriege im Nahen Osten mit steigenden Zahlen rechnet?

**Johannes Becher**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Eltern haben sich für die Wahl zum Landeselternbeirat beworben (bitte aufschlüsseln nach Verbänden, von denen die Eltern vorgeschlagen werden wollten), wie viele Eltern wurden von den Verbänden tatsächlich für die Wahl des Landeselternbeirats vorgeschlagen (bitte aufschlüsseln nach Zahl der abgegebenen Vorschläge pro Verband, bitte auch die Verbände nennen, die keinen Vorschlag abgegeben haben) und inwiefern spiegelt die Zusammensetzung der inzwischen ausgewählten Mitglieder des Landeselternbeirats die Vielfalt der Kitas auf Landesebene, die unterschiedlichen Betreuungsangebote in Stadt und Land und ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter wider?

**Franz Bergmüller**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Untersuchungen, Forschungen, Ausarbeitungen, Sichtungen, Zusammenfassungen etc. hat die Staatsregierung über die in den Psychiatrien Bayerns während der letzten Phase der Herrschaft des nationalsozialistischen Unrechtsregimes, insbesondere in den Jahren 1940 – 1945, tätigen Ärzte, Pfleger, Mitarbeiter selbst in Auftrag gegeben, in eine ihrer Bibliotheken oder Archive aufgenommen oder sonstige Kenntnis-

se über diesen Personenkreis erhalten (bitte vorzugsweise chronologisch offenlegen), in welche Archive überstellte die Staatsregierung Unterlagen aus den staatlichen Psychiatrien Bayerns, insbesondere Personallisten von Personen, die in den Psychiatrien Bayerns tätig waren und wer entscheidet darüber, ob Unterlagen aus den staatlichen Psychiatrien Bayerns in Archive überstellt werden bzw. von Archiven in Bayern aufgenommen oder weggeworfen werden?

**Andreas Birzele**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Landkreise in Bayern (bitte alle betreffenden einzeln nennen und auflisten) haben im Jahr 2023 keinen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen können, welche konkreten Ursachen sieht die Staatsregierung im eigenen Verschulden (durch z. B. übertragene Aufgaben) für die Schwierigkeiten der Haushaltsaufstellung in den betroffenen Landkreisen und mit welchen konkreten Maßnahmen will die Staatsregierung die Landkreise unterstützen, damit alle von bayerischen Landkreisen aufgestellten Haushalte für 2025 genehmigt werden?

**Cemal Bozoğlu**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse ihr zu der als Ersatz für eine Lesung in Augsburg durchgeführten Busfahrt mit dem österreichischen Rechtsextremisten Martin Sellner am 01.12.2024 vorliegen, welche bayerischen Aktivistinnen und Aktivisten und Politikerinnen und Politiker an dem Event teilgenommen haben und in welchen Orten in Bayern sich Martin Sellner an diesem Tag gesichert aufgehalten hat?

**Florian von Brunn**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie haben sich Umsätze, Gewinne und Beschäftigtenzahlen der Automobilindustrie inklusive Zulieferern in Bayern seit 2018 – und insbesondere im Jahr 2024 – entwickelt (bitte für jedes Jahr separat angeben), mit welchen Maßnahmen, Förderprogrammen und Fördersummen unterstützt der Freistaat die Transformation der bayerischen Automobilindustrie seit 2018 (bitte für jedes Jahr separat angeben) und wie werden Gewerkschaften und Betriebsräte von der Staatsregierung konkret in Entscheidungen über wirtschafts- und strukturpolitische Maßnahmen sowie Förderungen im Zusammenhang mit der Transformation der Automobilindustrie in Bayern eingebunden?

**Dr. Markus Büchler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kontrollen der unerlaubten Durchfahrt von für Kfz gesperrte (Verkehrszeichen – VZ 260) und nur für den Anliegerverkehr freigegebene (VZ 1020-30) Straßen haben seit 2020 durch die Bayerische Polizei stattgefunden (bitte nach Jahr und Polizeipräsidien angeben), wie viele Bußgelder wurden hierbei verhängt und wie viele stationäre Blitzer gibt es durch die zum 01.05.2020 erfolgte Flexibilisierung des Einsatzes stationärer Geschwindigkeitsmessanlagen durch Gemeinden, Zweckverbände und gemeinsame Kommunalunternehmen inzwischen innerorts in Bayern (bitte nach Regierungsbezirken angeben)?

**Kerstin Celina**

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe wurden Förder-

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

programme in den letzten drei Jahren in dem Bereich Investitionen für Ausbau der Kinderbetreuung (Kita) in unterfränkischen Kommunen abgerufen (aufgelistet nach Gemeinden und jeweiliger Fördersumme), wurden die vorgesehenen Fördermittel ausgeschöpft und welche weiteren Finanzierungsmöglichkeiten bestehen für Kommunen nach Ausschöpfung von Fördermitteln?

**Maximilian Deisenhofer**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, warum genau wird von Seiten des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr ein möglicher Regionalbahnhof in Bubesheim im Rahmen der Neubaustrecke Ulm – Augsburg nicht weiterverfolgt, welche Nah- und Fernverkehrsverbindungen sind zwischen Günzburg und Ulm bzw. Günzburg und Augsburg nach Fertigstellung der Neubaustrecke je Stunde geplant (bitte unter Angabe der Zwischenhalte) und in welchem Takt soll die Mittelschwabenbahn ab der Neuausschreibung 2032 fahren?

**Gülseren Demirel**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Richterstellen in Bayern zwischen 2020 und 2024 neu entstanden sind, um die Asylgerichtsverfahren zu beschleunigen (bitte die einzelnen Gerichte auflisten), wie genau erfolgt die Spezialisierung der Gerichte auf die Herkunftsländer (bitte detailliert die Aufstockung der Richterstellen, Zusammenarbeit mit den Behörden im Inland und der Herkunftsländer und NGOs in den Ländern auflisten) und warum ist das Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration für die Kammern bei den Gerichten zuständig, die die Asylgerichtsverfahren behandeln und nicht das Staatsministerium der Justiz (bitte genau erläutern und die rechtliche Grundlage benennen)?

**Rene Dierkes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, warum bekommt [REDACTED], der aufgrund von Ermittlungs- und Verfahrensfehlern 13 Jahre unschuldig in Haft saß, nur umgerechnet 75 Euro Tagessatz Haftentschädigung – deutlich weniger als jeder Asylbewerber, der noch keine eigenen Leistungen in die Gesellschaft eingebracht hat –, warum werden ihm, obwohl rechtswidrig der Freiheit beraubt, „Kost und Logis“ von der Haftentschädigung abgezogen sowie sein spärlicher Arbeitsverdienst in der Gefängnis-Wäscherei von der Entschädigungssumme des Arbeitsausfalls wie der Rentenbeiträge und warum bekommt er aufgrund der Traumatisierung durch jahrelange ungerechtfertigte Freiheitsberaubung nicht zusätzlich noch ein angemessenes Schmerzensgeld?

**Katrin Ebner-Steiner**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie oft es seit dem 01.01.2023 in Bayern zu Straftaten in kirchlichen oder gegen kirchliche Einrichtungen kam (bitte nach Monaten aufschlüsseln), in wie vielen dieser Fälle konnten Tatverdächtige ermittelt werden und liegt der Staatsregierung ein (kriminal-)polizeiliches Lagebild zu derartigen Straftaten vor?

**Christiane Feichtmeier**  
(SPD)

Nachdem auch die Bayerische Polizei gemäß § 12 Hinweisgeberschutzgesetz zur Einrichtung von internen Meldestellen verpflichtet ist, frage ich die Staatsregierung, wie der aktuelle Stand bei der flächendeckenden Einrichtung der Mel-

destellen für alle Mitarbeitenden der Bayerischen Polizei ist und falls diese bestehen, in welcher Abteilung bzw. Sachgebiet sie genau angesiedelt sind und wie die Beschäftigten diese erreichen können?

**Patrick Friedl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Angesichts des bereits erheblichen Verlustes von „Kiefernwäldern der sarmatischen Steppe“ von bis zu 99 Prozent und der zunehmenden Unterpflanzung mit Fichten und Buchen und damit der aktiven Zerstörung dieses Lebensraumtyps (vgl. Frey, V. & Hemp, A. (2025): Der Sarmatische Steppen-Kiefernwald – eine Lücke im System? – Anliegen Natur 47(1): online preview – veröffentlicht am 25.11.2024<sup>1</sup>) frage ich die Staatsregierung, wie soll in Bayern der Lebensraumtyp der Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Richtlinie „91U0 Kiefernwälder der sarmatischen Steppe“ vor weiterer Zerstörung geschützt werden (obwohl in keinem der fünf FFH-Gebiete in dem dieser Lebensraumtyp in Bayern vorkommt, Erhaltungsziele oder Managementmaßnahmen im Managementplan aufgeführt sind), bis wann werden die notwendigen Erhaltungsziele und mögliche Managementmaßnahmen ergänzt, und wie will die Staatsregierung diesen Lebensraumtyp, den sie für den FFH-Bericht 2019 mit dem schlechtesten Erhaltungszustand (U2) bewertet hat, und für den Bayern eine besondere Verantwortung trägt, wirksam schützen und erhalten?

**Mia Goller**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen im Detail wie z. B. Förderrecht oder Umstellung auf Digitalisierung, können die, in anderen Bundesländern bereits bereitgestellten und für die Weinbaubetriebe abrufbaren EU-Mittel für einzelbetriebliche Investitionen im Weinbau im „bayerischen Programm zur Stärkung des Weinbaus – Teil B“ immer noch nicht abgerufen werden, für welchen Zeitraum ist mit der Öffnung der Investitionsförderung für die bayerischen Weinbaubetriebe im Jahr 2025 zu rechnen, und EU-Mittel in welcher Höhe sind durch die nicht mögliche Antragstellung in den Jahren 2023 und 2024 jeweils nicht abgerufen worden und deshalb verfallen?

**Richard Graupner**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele militärfahrene Ex-IS-Kämpfer sowie ehemalige Kämpfer des Assad-Regimes in Bayern wohnhaft sind, welche Erkenntnisse die Staatsregierung darüber hat, wie viele kampferfahrene Personen aus verschiedenen Konflikten und Bürgerkriegen des Nahen Ostens in Bayern registriert sind, und ob es Schätzungen darüber gibt, wie viele dieser Personen als sicherheitsgefährdend gelten?

**Holger Griebhammer**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die aktuellen Zahlen von inhaftierten Menschen in den jeweiligen Abteilungen der Justizvollzugsanstalt (JVA) Hof (Straf-, U- und Abschiebehäft inklusive der bgH-Räume (bgH = besonders gesicherte Hafträume), bitte jeweils im Verhältnis zu den tatsächlich vorhandenen Haftplätzen darstellen) korrespondierend mit den aktuellen in der JVA derzeit konkret eingesetzten Anzahl von Bediensteten im

---

<sup>1</sup> <https://www.anl.bayern.de/publikationen/anliegen/meldungen/wordpress/sarmatischer-steppen-kiefernwald/>

Strafvollzug und der Verwaltung inklusive Krankenabteilung (bitte nach Soll- und Ist-Stärke gegliedert angeben)?

**Sabine Gross**  
(SPD)

Nachdem Bürgerinnen und Bürger Münchens seit Jahrzehnten jede erdenkliche Möglichkeit nutzen, um einen barrierefreien Ausbau des S-Bahnhofs München-Aubing einzufordern, bis heute jedoch keine erkennbaren Fortschritte gemacht wurden und nach über 30 Jahren des Wartens noch kein Resultat vorliegt, obwohl das Thema mehrfach auf verschiedenen politischen Ebenen über mehrere Legislaturperioden hinweg diskutiert wurde und zu Recht dieser Umstand von den Betroffenen angeprangert wird, frage ich die Staatsregierung, was der aktuelle Stand der Planungen zum barrierefreien Ausbau des Bahnhofs München-Aubing ist, welche Gründe für die anhaltenden Verzögerungen vorliegen und wann konkret mit einem barrierefreien Ausbau des Bahnhofs zu rechnen ist?

**Volkmar Halbleib**  
(SPD)

Im Zusammenhang mit dem angekündigten Transformationsfond von 350 Mio. Euro, von welchem 100 Mio. Euro an die Automobilbranche vorbehalten werden sollen, frage ich die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass diese Mittel insgesamt zur Verfügung stehen, oder lediglich die jährlichen Stiftungserträge und welche jährlichen Beträge für den Transformationsfonds insgesamt bzw. für die einzelnen Bereiche (wie die Automobilbranche) tatsächlich zur Verfügung stehen?

**Andreas Hanna-Krahl**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Kliniken erhielten in den Jahren 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023 jeweils keine Förderung nach Säule 2 der Richtlinie zur Förderung der Geburtshilfe in Bayern, weil diese weniger als 300 Geburten begleiteten, welche Kliniken waren das und wie viele Geburten wurden in den betroffenen Kliniken in den Jahren 2019 bis 2023 jeweils begleitet?

**Christian Hierneis**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, für welche der im folgenden genannten Straßenbahnprojekte/Straßenbahnplanungen: „Tram im Münchner Norden“, „Nordttangente“, „Westtangente“, „Straßenbahnbetriebshof Ständlerstraße“, „Straßenbahnbetriebshof Fröttmaning“, „Verlängerung Tram 21“ (jeweils alle Planfeststellungsabschnitte, diese bitte einzeln auflisten) gibt es bereits einen Förderantrag nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) bzw. Bayerisches Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (BayGVFG) oder anderen Gesetzen/Richtlinien/Förderungen (bitte auch die jeweiligen aktuell ermittelten Gesamtkosten des Projektes und die jeweilige Höhe des Förderantrags angeben), für welche dieser Straßenbahnprojekte/Straßenbahnplanungen in München gibt es bereits einen Förderbescheid nach GVFG bzw. BayGVFG oder anderen Gesetzen/Richtlinien/Förderungen (bitte auch die jeweiligen aktuell ermittelten Gesamtkosten des Projektes und die jeweilige Höhe des Förderbescheids angeben) und was sind die Konsequenzen für ein planfestgestelltes Vorhaben, wenn die Regierung von Oberbayern im Planfeststellungsbeschluss festsetzt, dass Ersatzpflanzungen für gefälltete Bäume möglichst nahe am Eingriffsbereich umgesetzt werden müssen, der Vorha-

bensträger jedoch mitteilt, dass dies nicht umsetzbar sei?

**Paul Knoblach**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Schwierigkeiten formaler oder digitaler Art führen bei der Staatlichen Führungsakademie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (FüAK) in Landshut dazu, dass sich die Vollausszahlung der Fördermittel im Bayerischen Programm Tierwohl (BayProTier), das laufende Kosten für mehr Tierwohl ausgleicht, unverhältnismäßig stark verzögert, auf welche Höhe belaufen sich die auszahlenden Summen (bitte aufgeteilt je Betrieb, Bezirk und in Gesamtsumme) und welche Abwägungen würden die Staatsregierung im Falle einer Regierungsbeteiligung und wie von Dr. Markus Söder angekündigt dann mit Bayerischen Bauernverband Präsident Günther Felßner als Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft nach der Bundestagswahl im Februar 2025 veranlassen, sich für den Fortbestand des Bundesprogramms Umbau der Tierhaltung mit der Bezuschussung der laufenden Mehrkosten, das mit einer Laufzeit von sieben Jahren zugesichert war, einzusetzen?

**Claudia Köhler**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem der Landtag zum Doppelhaushalt 2024/2025 200 Tsd. Euro für einen Praxisanleiterbonus zur Etablierung von innovativen Praxisanleitungskonzepten (Kap. 14 04 Tit. 681 01) beschlossen hatte, frage ich die Staatsregierung, wie viele Anträge auf Auszahlung eines solchen Bonus bisher gestellt wurden, wie viele Anträge bisher bewilligt worden sind und nach welchen genauen Kriterien die Bewilligungen gegebenenfalls erfolgten?

**Florian Köhler**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wussten Vertreter der Staatsregierung oder Mitarbeiter der Staatsministerien bei der Entscheidung, dass sich der Freistaat an der GNA Biosolutions GmbH beteiligt, dass ein Mitgründer und Mitgeschäftsführer des Unternehmens [REDACTED] Mitglied der CSU ist, auf wessen Veranlassung hin hat das Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie im April 2020 die Firma GNA Biosolutions beauftragt, ein Testsystem für Corona zu entwickeln und eine Produktion aufzubauen und gibt es Wahrnehmungen, die der Staatsregierung bekannt sind, dass durch Mitglieder der Staatsregierung, ein Staatsministerium oder Dritte der Firma GNA Biosolutions GmbH empfohlen worden ist, wegen der drohenden Ablehnung der Zulassung für PCR-Schnelltests, MdL a.D. Alfred Sauter als Rechtsanwalt zu beauftragen?

**Eva Lettenbauer**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe belaufen sich die Gesamtkosten für die Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsabschlüsse für die einzelnen Berufe im Zuständigkeitsbereich des Freistaates pro Jahr (aufgeschlüsselt nach den jeweiligen Berufen), wie hoch ist dabei der Anteil, der durch die jeweils erhobenen Gebühren abgedeckt wird und wie beurteilt die Staatsregierung ein kostenfreies Verfahren in Mangelberufen beispielweise Erzieherin und Erzieher oder der Pflegekraft?

**Oskar Lipp**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch schätzt sie die möglichen Strafzahlungen, die der bayerischen Automobilindustrie durch

eine Nichteinhaltung der CO<sub>2</sub>-Flottenziele zum 01.01.2025 entstehen könnten, wie hat sie zur Entschließung des Bundesrates vom 12.11.2024 (BR-Drs. 567/24, Antrag Saarland) bezüglich der Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland und der Unterstützung der Automobilindustrie durch ein Vorziehen der Revisionsklausel abgestimmt und welche Gründe führten zur Zustimmung oder Ablehnung dieser Entschließung durch die Staatsregierung?

**Gerd Mannes**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, gibt es nach ihrer Kenntnis einen Zusammenhang zwischen der politisch tolerierten unkontrollierten Zuwanderung seit 2015 und der Tatsache, dass Weihnachtsmärkte in Bayern mittlerweile mit Betonsperren, Zugangskontrollen und Waffenverbotszonen geschützt werden müssen und wenn ja, wer ist nach Ansicht der Staatsregierung für diese Entwicklung verantwortlich?

**Johannes Meier**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind die Mindest- und Höchststrafen für Unternehmen in Bayern, die ab dem 01.01.2025 die E-Rechnungspflicht nicht einhalten (falls möglich, bitte mit Angabe der jeweiligen Bemessungskriterien), inwiefern ist eine Erhöhung der Strafen bis einschließlich 2028 vorgesehen (bitte geplante Mindest- und Höchststrafen für Unternehmen in Bayern für die Jahre 2026, 2027 und 2028 angeben) und welcher Anteil der ab dem 01.01.2025 von der E-Rechnungspflicht betroffenen Unternehmen in Bayern ist laut vorliegenden Erhebungen bislang noch nicht in der Lage, die neuen gesetzlichen Anforderungen umzusetzen?

**Ruth Müller**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Hektar an privaten Waldgrundstücken in Bayern können aktuell keinem Besitzer zugeordnet werden (bitte aufgeteilt nach Regierungsbezirken und Landkreisen angeben), welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um mögliche Besitzer dieser Waldgrundstücke ausfindig zu machen und welche Initiativen verfolgt die Staatsregierung, um Rechtssicherheit bei Fragen der Haftung in Schadensfällen und bei Verletzung der Verkehrssicherungspflicht zu erlangen?

**Benjamin Nolte**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Nationalität bzw. Herkunft die an der Schlägerei beteiligten Personen am 22.11.2024 auf dem Weilheimer Marienplatz haben, ob es Hinweise darauf gibt, dass die Schlägerei durch Gruppen mit bestimmtem kulturellen bzw. sozialen Hintergrund verursacht wurde, und welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um die Sicherheit an öffentlichen Plätzen wie dem Marienplatz in Weilheim zu erhöhen?

**Verena Osgyan**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es eine Zusage der Universität Passau gibt, Hilfskräfte, die mit nicht-wissenschaftlichen Tätigkeiten befasst sind (vgl. Drs. 19/2214), regulär tariflich zu bezahlen, ob aktuelle Presseberichte bestätigt werden können, laut denen das bisher nicht geschehen ist, und wurden bereits eingegangene angenommene Geltendmachungen umgesetzt?

**Tim Pargent**

Vor dem Hintergrund der angekündigten Stellenstreichung beim

(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Porzellanhersteller Rosenthal in Selb und Speichersdorf frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen hat sie eingeleitet, um den Unternehmensstandort von Rosenthal in Bayern zu sichern und möglichst viele Arbeitsplätze zu erhalten, welche Gespräche haben seit Bekanntwerden der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zwischen der Staatsregierung und der Unternehmensführung von Rosenthal stattgefunden (bitte Daten, Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Gesprächsinhalte angeben) und welche spezifischen Förderprogramme oder Unterstützungsleistungen stehen zur Verfügung, um Investitionen zur Modernisierung der Werke zu ermöglichen?

**Julia Post**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der aktuelle Stand der Umweltverträglichkeitsstudie zur Ortsumfahrung Chieming und Sebruck, wann fand die letzte Verkehrszählung statt und welche Ergebnisse wurden dabei erzielt?

**Anna Rasehorn**  
(SPD)

Aufgrund aktueller Entwicklungen und neuer Informationen zum Thema Schwarzhandel mit fluorierten Kältemitteln frage ich die Staatsregierung, ob ihr die Ermittlungen des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung (OLAF) im Zuge der Operation KHIONE bekannt sind, welche Schlüsse die Staatsregierung aus den Ermittlungserkenntnissen der Operation KHIONE für den Schwarzhandel mit fluorierten Kältemitteln in Bayern zieht sowie wie die Staatsregierung die Auswirkungen des Schwarzhandels mit fluorierten Kältemitteln auf die bayerischen Klimaschutzbemühungen einschätzt?

**Markus Rinderspacher**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Maßnahmen wurden bislang ergriffen, um das Bairische, das bereits 2009 von der UNESCO als gefährdete und somit schützenswerte Sprache eingestuft worden ist, wirksam zu schützen und zu fördern, welche Anstrengungen wurden unternommen, damit die in Bayern gesprochenen bairischen, fränkischen und schwäbischen Mundarten in die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen aufgenommen werden können und welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit das Bairische den Status einer Minderheitensprache zuerkannt bekommt?

**Harry Scheuenstuhl**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Unfälle mit und ohne Personenschaden wurden in den letzten zehn Jahren an den beiden Bahnübergängen Laubendorf (LK Fürth) verzeichnet, wie ist der aktuelle Planungsstand (Beschlussfassung sowie Sachstand Planfeststellungsverfahren) bezüglich der bereits im Jahr 2017 durch Vertreter der DB angekündigten Ausstattung der beiden Bahnübergänge Laubendorf mit Schranken und Lichtsignalanlagen (technische Sicherung) und wann ist mit dem Ausbau der Elektrifizierung der Bahnstrecke Siegelsdorf-Markt Erlbach (Zenngrundbahn R12), die seit 2020 „oberster Priorität“ durch die Staatsregierung hat, zu rechnen?

**Franz Schmid**  
(AfD)

Vor dem Hintergrund der Auskunft der Staatsregierung unter dem Zeichen C5-0016-1-2083 SR, wonach gemäß Art. 16 Abs. 1



Satz 1 Nr. 1 Polizeiaufgabengesetz (PAG) einem Videojournalisten, Kanal Weichreite TV, seitens der Polizei untersagt worden war, eine unter freiem Himmel stattfindende Gegendemonstration gegen den Auftritt von Martin Sellner zu filmen, frage ich die Staatsregierung, welche Gefahr im Sinne des Art. 16 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 PAG bestand und inwiefern der Videojournalist für diese angebliche Gefahr verantwortlich zeichnete?

**Toni Schuberl**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

In Anbetracht der Mitte November in der Presse zu lesenden Vorwürfe, dass die derzeit suspendierte stellvertretende Anstaltsleiterin der Justizvollzugsanstalt (JVA) Augsburg-Gablingen Videoaufzeichnungen von Gewaltvorfällen in der Anstalt als „nicht relevant“ eingestuft hat und hat löschen lassen<sup>2</sup>, frage ich die Staatsregierung, ob es zutrifft, dass die stellvertretende Anstaltsleiterin Videoaufzeichnungen von mutmaßlichen Vorfällen von Straftaten gegen Gefangene hat löschen lassen, was die Staatsregierung spätestens seit der Beschwerde des Landtagsabgeordneten Anton Rittel veranlasst hat, um Videoaufzeichnungen aus der JVA Gablingen insbesondere von den besonders gesicherten Hafträumen zu sichern, um mögliche Löschungen zum Zweck der Beweismittelvernichtung zu verhindern (bitte auch den Zeitpunkt angeben, zu dem die Staatsregierung erstmals von Vorwürfen der Videolöschung erfahren hat) und welche strafrechtlichen und berufsrechtlichen Ermittlungen die mutmaßliche Löschung durch die Anstaltsleitung zur Folge hatte bzw. haben könnte?

**Stephanie Schuhknecht**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob sie Kenntnis davon hat, dass aufgrund eines Gutachtens der Technischen Universität München (TUM) zur Frage von Gesundheitsgefährdungen der verschiedenen bisherigen Trassenvarianten eine Umplanung von Trassenvarianten stattgefunden hat, falls nein, weshalb hat die Staatsregierung trotz eines diesbezüglich noch offenen Berücksichtigungsbeschlusses des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung zur Petition WI.0166.18 nicht aktiv bei der TUM, Tettet oder der Regierung von Oberbayern nachgefragt und den Wirtschaftsausschuss entsprechend informiert und welche konkreten Trassenvarianten werden aktuell geprüft (bitte Plan beifügen)?

---

<sup>2</sup> <https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/politik/detailansicht-politik/artikel/bayerisch-guantanamo.html#topPosition>

**Katharina Schulze**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Nachdem mehrere Medien vergangene Woche über Ermittlungen gegen einen Beamten der Staatskanzlei berichtet haben,<sup>3,4,5</sup> frage ich die Staatsregierung, ist der betreffende Lebenszeitbeamte [REDACTED] weiterhin bei der Staatsregierung beschäftigt (bitte ggf. Ressort angeben und ob er derzeit suspendiert ist), welche „entsprechende Überstundenregelung“ der Staatskanzlei ermöglichte ihm mehrwöchige Aufenthalte in Dubai und wann haben die Staatskanzlei oder die Staatsregierung die Nebentätigkeit (Führung der Kapitalgesellschaft E.Capital mit Sitz in Estland) genehmigt?

**Florian Siekmann**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren die Erstattungen an die Organisationen gemäß Art. 17 Abs. 3 Satz 6 Bayerisches Katastrophenschutzgesetz in diesem sowie den vergangenen fünf Jahren jeweils und welche Kosten sind dafür im kommenden Jahr veranschlagt?

**Ulrich Singer**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Schäden sind an der Staatsstraße 2212 im Bereich der Landkreisgrenze Dillingen/Donau-Ries bis Hohenaltheim bekannt, wann ist die erforderliche Sanierung des Streckenabschnitts geplant und wie hoch werden die voraussichtlichen Kosten sein?

**Ursula Sowa**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass das Ankerzentrum Bamberg laut Vereinbarung zwischen Freistaat und Stadt Bamberg zum 31.12.2025 schließen wird, frage ich in Bezug auf die Durchführung der Asyldurchführungsverordnung – DVAsyl, welche eine Unterbringung von insgesamt ca. 1 000 Geflüchteten im Rahmen der dezentralen Unterbringung in Bamberg vorsieht, welche Maßnahmen und Aktivitäten hat die zuständige Regierung von Oberfranken bisher unternommen, um die Unterbringung nach DVAsyl in der Stadt Bamberg zu gewährleisten, welche Ergebnisse liegen diesbezüglich vor und hat die Immobilien Freistaat Bayern Bauprojekte in Bamberg initiiert (oder beabsichtigt sie dies), die zur dezentralen Unterbringung von Geflüchteten geeignet sind?

**Martin Stümpfig**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob der Freistaat Bayern den betroffenen Kommunen seit der Klage des Bezirks Mittelfranken vom 09.12.2021 die über den willkürlich von der Regierung von Mittelfranken festgesetzten Höchstbetrag von 250 Euro/Tag für die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten (UMF) hinausgehenden Fehlbeträge erstattet hat, in welcher Höhe dies erfolgte und wann die Staatsregierung, falls dies nicht der Fall gewesen sein sollte, den Kommunen nun zügig die entsprechenden Fehlbeträge über 250 Euro erstattet, nachdem auch das Urteil der 9. Kammer des Verwaltungsgerichts Ansbach vom 23.10.2024 den Freistaat Bayern verpflichtet hat, dem Bezirk Mittelfranken 1,24 Mio. Euro nebst 4 Prozent Zinsen ab Rechtshän-

---

<sup>3</sup> u. a. <https://www.augsburger-allgemeine.de/augsburg/luxusleben-das-dubiose-dubai-beamtenpaar-aus-augsburg-103663429>,

<sup>4</sup> <https://www.bild.de/regional/muenchen/dubai-tripps-millionenbetrug-top-beamter-im-visier-von-staatsanwalt-67408c6381ba513c8f16d694>,

<sup>5</sup> <https://www.abendzeitung-muenchen.de/bayern/von-muenchen-nach-dubai-ermittlungen-gegen-einen-spitzenbeamten-aus-der-staatskanzlei-art-1021619>

gigkeit für die bisher nicht übernommenen Kosten der Unterbringung zu erstatten und dies auch die der Antwort der Staatsregierung auf meine Schriftliche Anfrage vom 27.03.2024 (unter 3.a., Drs. 19/1977) ergab, die für die Unterbringung von UMF festgelegten Mittelwert der fünf teuersten Einrichtungen im Regierungsbezirk (ca. 530 Euro täglich) vorsah?

**Gabriele Triebel**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist die Fragestellung des Ratsbegehrens, das der Kreistag des Landkreises Landsberg am 29.11.2024 in seiner Sitzung mehrheitlich beschlossen hat, rechtmäßig, da diese sich in Bezug auf die Fragestellung des gleichzeitig stattfindenden Bürgerbegehrens nicht komplementär zu der des Bürgerbegehrens verhält, und können die Bürgerinnen und Bürger, wie in der Fragestellung des Ratsbegehrens suggeriert wird, grundsätzlich darüber entscheiden, welche Außenstellen eines Landratsamtes in einem neuen Gebäude unterkommen sollen, und muss der Begriff „Dienstleistungsgebäude“ in der Fragestellung des Ratsbegehrens nicht in „Landratsamt“ geändert werden, weil das neu zu bauende Gebäude das neue Landratsamt darstellt, also den neuen Dienstsitz des Landrats inklusive Sitzungssaal des Kreistages und die meisten anderen Dienststellen des künftigen Landratsamtes, und damit höchst irreführend für die Bürgerinnen und Bürger ist?

**Markus Walbrunn**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, warum verpflichtet die Staatsregierung ihre Lehrkräfte nicht zu einer Mindestzahl an Fortbildungsstunden pro Schuljahr wie es in anderen Bundesländern üblich ist, soll sich daran in Zukunft etwas ändern und welche disziplinarrechtlichen Maßnahmen sind bereits mit den derzeit gültigen Regelungen bei Verweigerung der Pflicht zur Fortbildung möglich?

**Ruth Waldmann**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle von nosokomialen Infektionen mit multiresistenten Erregern während eines Klinikaufenthalts wurden jeweils in den letzten fünf Jahren in bayerischen Krankenhäusern dokumentiert, wie viele Todesfälle in Krankenhäusern sind auf solche Infektionen zurückzuführen und welche konkreten Maßnahmen hat die Staatsregierung ergriffen, um die Zahl dieser Infektionen zu reduzieren?

**Laura Weber**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was planen die Bayerischen Staatsforsten in der nördlichen Oberpfalz zum Thema Windenergie, an welchen Stellen kollidieren die Pläne der regionalen Planungsverbände für Windenergie in der Oberpfalz mit denen der betroffenen Gemeinden und hat die Staatsregierung Kenntnis über entstehenden Widerstand gegen Windkraftprojekte in der Oberpfalz, insbesondere mit Beteiligung des Vereins für Landschaftspflege, Artenschutz & Biodiversität?

**Katja Weitzel**  
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat sie über die tarifliche Eingruppierung von studentischen Mitarbeitenden im nicht-wissenschaftsnahen Bereich an bayerischen Hochschulen, die nach § 6 Wissenschaftszeitvertragsgesetz beschäftigt sind, welche diesbezüglichen Rechtsstreitigkeiten sind ihr bekannt und

welche rechtlichen Hinweise erteilt sie den staatlichen bayerischen Hochschulen und Universitäten zu deren tariflicher Eingruppierung?

**Andreas Winhart**  
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Faktoren führen zu der höheren Depressionsrate der Studierenden, wie hat sich die Depressionsrate von 2007 bis 2024 entwickelt und welche Maßnahmen werden ergriffen, um das Problem zu adressieren?

**Christian Zwanziger**  
(BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Planungsstand der Baustelleneinrichtung bei der Sanierung des Erlanger Schlosses ab 2025 (insbesondere in Hinblick auf die Entscheidung, inwieweit Schlossplatz und Schlossgarten jeweils einbezogen werden, bitte auch den Stand bei nicht-abgeschlossener Planung darlegen), wurden Erfahrungen aus der Sanierung der Orangerie, bei der Fachleute trotz eines Baumschutzkonzeptes über Spätfolgen an kulturell wie ökologisch wertvollen Altbäumen berichten, in die Planungen zur Baustelleneinrichtung einbezogen, und wann ist eine Information der Öffentlichkeit zur Baustelleneinrichtung geplant (bitte Zeitpunkt und Formen der öffentlichen Information angeben)?